

## ***Im Strukturwandel Kräfte bündeln Tagebauanrainerkommunen bilden Interessennetzwerk***

Kerpen, 08.04.2019

Der beschleunigte Ausstieg aus der Braunkohleverstromung löst für das gesamte Rheinische Revier einen tief greifenden Strukturwandel aus. Insbesondere gilt dies für die 19 direkten Tagebauanrainerkommunen und Kraftwerksstandorte. In diesem relativ kleinen Raum, der lediglich ein Drittel des gesamten Reviers ausmacht, konzentrieren sich die zukünftigen Lasten des politisch beschlossenen Ausstiegs in besonderer Weise.

Auf Einladung der Bürgermeister Hermann Heuser (Niederzier), Rudi Bertram (Eschweiler), Klaus Krützen (Grevenbroich) und Paul Larue (Düren) trafen sich die Hauptverwaltungsbeamten der 19 Anrainerkommunen im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz zum Austausch im Dürener Rathaus. An diesem Gesprächskreis nahm auch der Kerpener Bürgermeister Dieter Spürck teil. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen die Herausforderungen des Strukturwandels, denen sie sich gegenüber sehen. Da die Fragestellungen und Problemlagen vielfach identisch sind, bildet die Kooperation der Hauptverwaltungsbeamten ein gemeinsames Interessennetzwerk, das Vorteile und Synergieeffekte mit sich führt. Dabei sollen Kräfte gebündelt werden und die vorteilhafte Entwicklung der gesamten betroffenen Region vor den städtischen Einzelinteressen stehen.



Bis zur nächsten Bürgermeisterkonferenz wollen die Anrainer ihre konkreten Positionen in einem gemeinsamen Papier festlegen. Bürgermeister Dieter Spürck, der im Redaktionsteam für das Papier mitwirken wird, hat hierzu klare Vorstellungen: „Ich will, dass die Strukturhilfen dort ankommen, wo sie wirklich benötigt werden. Es ist mir deswegen ein Anliegen, dass keine weit von den Tagebauen entfernt liegenden ‚Eh-Da-Projekte‘ plötzlich unter dem Stempel Strukturwandel firmieren, die keinen einzigen Arbeitsplatz transformieren, und dennoch in den Genuss von Fördermitteln kommen, die eigentlich hierher gehören.“ Dies sei umso wichtiger, wo zu befürchten steht, dass die tatsächlich zugebilligten Mittel des Bundes geringer als die Empfehlungen der WSB-Kommission ausfallen könnten. Eine zentrale Forderung muss auch sein, aus den Hauptbetroffenen Hauptbeteiligte zu machen, wie es einer der anwesenden Bürgermeister auf den Punkt brachte.